WKF-03 NEU

DIE GRÜNEN STEHEN ZU IHREN FORDERUNGEN: KLIMARETTUNG JETZT

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in:	OV Wolfratshausen * Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt:	WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

(Geeinter Antrag aus den ehemaligen Anträgen WKF-01 – Wolfratshausen und WKF-03 – Koch u.a.)

Dürresommer, Hitzewellen und Unwetter zeigen uns: Der Klimawandel ist bereits in vollem Gange. 40 Jahre war die Entwicklung bekannt und absehbar, ohne dass die Politik – weltweit wie auch in Deutschland – entschieden gehandelt hätte.

Laut Sonderbericht des UN-Klimarates IPCC bleiben der Menschheit nur noch 11 Jahre Zeit, also bis 2030, um unsere Gesellschaft und die ganze Welt vor den verheerenden Auswirkungen einer Erdüberhitzung um mehr als 1,5 °C zu schützen. Zudem erleben wir das größte Artensterben seit der Dinosaurierzeit. All dies hängt zusammen mit der Art, wie wir wirtschaften. Die auf Wachstum basierende Weltwirtschaft führt dazu, dass wir 2018 schon am 1. August den ‚Weltüberlastungstag' erreicht haben. In Deutschland ist der CO2-Fußabdruck ca. fünfmal so hoch wie der für unsere Erde verträgliche Fußabdruck aller Menschen. Wir müssen Schluss machen mit der Lebenslüge, ähnlich weiterleben zu können wie bisher UND gleichzeitig die Klimaänderung im erträglichen Rahmen halten. Grünes Wachstum mag dabei in Teilaspekten eine Teillösung sein, die bereits spürbare Klimakatastrophe wird es allein nicht abwenden. Wir müssen unseren Verbrauch in allen Bereichen verringern und unser Wohlbefinden nicht mehr vom materiellen Wachstum abhängig machen. Diese Radikalität ist alternativlos!

Wir sind die erste Generation, welche die Folgen der Klimakrise zu spüren bekommt. Und die letzte, die noch etwas ändern kann. Wir brauchen eine Responsibility to Prepare, analog zur Responsibility to Protect, also eine Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für die Bewahrung der Zukunft im Rahmen der Vereinten Nationen und innerhalb der EU-Strukturen. Dazu
brauchen wir die Festschreibung des Klimaschutzes im Grundgesetz als höchste staatliche Aufgabe.

Millionen überwiegend Jugendliche weltweit eint die Sorge um ihre Zukunft. Vor zehn oder zwanzig Jahren wären die nötigen Gegenmaßnahmen aus den Staatshaushalten „locker" bezahlbar
gewesen, heute wird es teuer, ist aber noch leistbar. In wenigen Jahren wäre es selbst bei größten Opfern nicht mehr finanzierbar. Darüber hinaus wird es weitere Konflikte geben, wenn jetzt nicht gehandelt wird. Wasser wird knapp, bereits jetzt beginnen in Norddeutschland Konflikte zwischen Konsumenten und Landwirtschaft. Und in Indien werden in Kürze Millionen Menschen ohne Trinkwasser sein. Bis 2040 könnte es bereits 200 Millionen Klimaflüchtlinge geben. [1]

Verstärkte Energieeinsparungen und der Umbau der Energieerzeugung, der Landwirtschaft, der Industrie und des Verkehrs ist notwendig, der Wirtschaft insgesamt, und zwar alles gleichzeitig. Die FfF-Bewegung und die darin engagierten Jugendlichen haben das der breiten Öffentlichkeit vermittelt. Die Wahlergebnisse der Grünen kommen daher, dass die Wähler*innen hierzu von uns Lösungen erwarten, aber Lösungen in großen Schritten, nicht ein Kurieren in Details. Die anderen Parteien, allen voran die GroKo mit ihrem Klimaschutzpaket, haben in der Klimafrage geschlossen versagt. Wenn wir jetzt einen Regierungsauftrag bekommen, dann müssen wir auch liefern. Das will vorbereitet sein, die Eckdaten müssen vorher stehen, sie können nicht erst unter dem Druck einer Koalition in der Regierung zustande kommen.

Unter Berufung auf Artikel 20a des Grundgesetzes:
„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die zukünftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“
erklären wir deshalb den Klimanotstand und damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.

Zuvorderst fordern wir die umfassende Information der Bevölkerung über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen die Erdüberhitzung ergriffen werden müssen und aktives Werben auf allen Ebenen für die Einhaltung des 1,5°-Ziels.

Ziel für Klimaneutralität Deutschland

Deutschland muss bis 2035 die „Nettonull“ erreichen, d.h. Energieerzeugung, Verkehr und Wohnen müssen treibhausgasfrei werden, die Landwirtschaft und die Industrie dürfen nicht mehr CO2-Äquivalente (CO2, Methan, Stickoxide, …) emittieren, als durch Aufforstung und andere Maßnahmen gebunden werden. Das erfordert u.a. eine grundlegende Transformation der globalen Wirtschafts- und Finanzsysteme.

EINE STEUER AUF ALLE TREIBHAUSGASEMISSIONEN.

Treibhausgase, Luftschadstoffe und andere Umweltbelastungen führen neben allen anderen Schäden auch zu wirtschaftlichen Einbußen durch z. B. Produktionsausfälle, Ernteverluste oder Schäden an Gebäuden und Infrastruktur. Für viele dieser Schäden gibt es etablierte wissenschaftliche Methoden, um sie in Geldwerten auszudrücken. Das Umweltbundesamt (UBA) hat in der 2016 veröffentlichten Methodenkonvention 3.0 die Kosten durch Umweltbelastungen neu berechnet. Danach verursacht zum Beispiel die Emission einer Tonne Kohlendioxid (CO2 äq.) Schäden von rund 180,- €. [2]

- In einem ersten Schritt im ersten Regierungsjahr beginnen wir mit einer deutlichen Anhebung der Kosten für CO2-äq. – in ALLEN Bereichen: Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft,

Verkehr, Energie und Industrie - mit 60,- € pro Tonne CO2-äq.

- Dabei sind die bereits aktuell erhobenen „Ökosteuern und -abgaben“ einzubeziehen bzw. zu verrechnen. Z.B. Öko-Strom wird somit erheblich billiger.

- Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss innerhalb der nächsten vier Jahre auf die laut UBA erforderlichen 180,- € pro Tonne CO2-Äquivalent erhöht werden, mit Hilfen bei der Umstellung für übermäßig stark betroffene Industrien wie z.B. Stahl und Zement.

- Danach wird der Betrag jährlich geprüft und angemessen angepasst an die jeweils erreichten und noch offenen Ziele (2030) – gegebenenfalls weiter erhöht.

- Der Reinerlös wird als jährliches Pro-Kopf-Geld (unabhängig von Sozialleistungen) an die Bevölkerung rückerstattet, um die zu belohnen, die klimabewusst leben und übermäßig Betroffenen die Umstellung zu erleichtern. In ländlichen bis kleinstädtischen Raumtypen erhöht sich das Energiegeld um eine Regionalkomponente als
Zuschlag mit einem festem Betrag je Erwachsenen, die durch den Mehraufwand für längere
Wegstrecken und den weniger guten ÖPNV sowie schlechtere Ausgangslage bei der Energiestruktur als in Metropolen gerechtfertigt ist.

AUSSTIEG AUS FOSSILEN ENERGIETRÄGERN

In der Energiezeugung lässt sich mit vertretbarem Aufwand schnell viel erreichen, daher haben die folgenden Umsetzungen höchste Priorität. STICHWORTE: Kohleausstieg bis 2030, Löschung der freiwerdenden CO2-Zertifikate aus dem Europäischen Emissionshandel (ETS), Beendigung aller direkte und indirekte Subventionen für fossile Energieträger, Einbauverbot für neue fossile Heizungen und Umstiegsprogramme, keine neuen Importverträge fossiler Energieträger und die bestehenden schnellstmöglich rechtssicher beenden.

AUSBAU ERNEUERBARE

Der aus verschiedenen wirtschaftlichen wie oft auch politischen Interessen ins Stocken geratene Ausbau der EE muss umgehend wieder hochgefahren werden. Zur Erreichung der Ziele
ist es notwendig, ab sofort jährlich in einer Größenordnung von 7 Gigawatt Onshore-Windkraft und mindestens 15 Gigawatt Photovoltaik neu zu installieren und das Ausbauziel für Offshore-Windkraft im Rahmen der ökologischen Tragfähigkeit um 5 Gigawatt zu erhöhen. Das entspricht jährlich +50 TWh mehr. Damit ist 2038 der Ausbau auf die erforderlichen 1.100 TWh erreicht. Die restlichen 800 TWh werden eingespart, wenn Wasserstoff und PtL im Volumen von 300 TWh/a
importiert werden.

<u>Weitere STICHWORTE:</u>

Die von der EU beschlossenen Regeln für eine dezentrale Bürger*innen-Energie müssen umgehend
umgesetzt werden (kleinteilige Erzeugung und Nutzung von EE inklusive des Aufbaus sinnvoller Wärmenetze).

- Wiederherstellung wirtschaftlicher Einspeisevergütungen, Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und eines angemessener, sinnvoll geplanter Netzausbaus. Weg mit

dem Deckel beim Ausbau der Wind- und Solarenergie, mit dem Ausschreibungszwang bei Wind- Onshore, der Abgabenbelastung des Strom-Eigenverbrauchs, der EEG-Umlage auf den Eigenverbrauch (Sonnensteuer) und den überzogenen pauschalen Abstandsregelungen von Windanlagen.

- Sinnvolle Vergütungsmodelle für Weiterbetrieb und Repowering unumgänglich.
- Schnellstmögliche Beschränkung der Strom-Subventionierung für die energieintensive Industrie auf den energieintensiven Prozess.
- Ausbildungsoffensive für alle erforderlichen Berufe im Klimaschutz- und EE-Bereich.
- Ende der Bürokratie für kleine Einspeiser und Antragssteller.

ENERGIEEINSPARUNG ELEKTROGERÄTE

Was an Energie eingespart werden kann, muss nicht erzeugt werden, das Potential ist noch lange nicht erschöpft. STICHWORTE:

- Sinnvolle Umstellung der Haushaltsgeräte in den nächsten fünf Jahren mittels eines subventionierten Tauschprogramms auf den Stand A+++
- Innovationswettbewerb durch Einführung des ‚Top Runner'-Prinzips (siehe Japan): das umweltfreundlichste Produkt am Markt wird zum Standard erhoben, der innerhalb einer bestimmten Frist erreicht werden muss. Produkte, die dies nicht schaffen, verschwinden.

ENERGIEEINSPARUNG WÄRME

Neubauten von Bund, Ländern oder Kommunen sind ab sofort nach dem Passivhaus-Standard (Gebäuderichtlinie der EU: „Niedrigstenergiegebäude") zu errichten. Bei privaten Neubauten ist dieser Standard schnellstmöglich vorzuschreiben.[3]

Weitere STICHWORTE: Sanierung öffentlicher Gebäude und jährlich von 5 % des gesamten Gebäudebestands auf einen dem Passivhaus-Standard nahekommenden Energieverbrauch (mindestens KfW Effizienzhaus 40) durch entsprechende Förderung, Ersatz aller fossilen Heizungen durch alternative Heizungssystem wie z.B. durch Nahwärmenetze, Wärmepumpen mit Effizienzgrad deutlich größer als 3 zu ersetzen, Unterstützung durch Solarthermie.

MOBILITÄTSWENDE

Notwendig sind nicht nur CO2-freie Technologien und klimafreundliche Infrastrukturen, sondern auch vorrangig ein kultureller Wandel, für eine ökologisch und sozial gerechte Verkehrswende. Wir brauchen weniger Autos, weniger MIV, weniger LKW auf den Straßen und somit weniger Straßen, wir brauchen eine andere Mobilität. „Der Verkehr in Deutschland kostet die Allgemeinheit 149.000.000.000 € (149 Milliarden in 2017). … Zu den externen Kosten zählen alle negativen Auswirkungen der Mobilität, für die nicht die Verkehrsteilnehmer selbst bezahlen. Darunter verstehen die Studienautoren etwa Kosten, die durch Klima und Umweltschäden entstehen, oder durch die Folgen von Unfällen." [4]

Der Bundesverkehrswegeplan muss entsprechend umgestaltet werden, so dass öffentliche Mittel auf den Ausbau klimaverträglicher Mobilität konzentriert werden. Für die nächsten zehn Jahre

ist zudem ein Moratorium für den Aus- und Neubau neuer Fernstraßen und Flughäfen erforderlich. Der Ausbau des Bahnnetzes muss massiv vorangetrieben werden, um Taktfrequenz und Zuverlässigkeit zu steigern und die Verlagerung des Güterverkehrs zu ermöglichen. Die künftige Bebauungsplanung gibt dem ÖPNV, dem Fuß- und Radverkehr Vorrang. Der Rechtsrahmen für städtische Mobilität und bei der Parkraumbewirtschaftung muss entsprechend angepasst werden.

Weitere STICHWORTE:

- Elektrifizierung aller noch nicht elektrifizierten Bahnstrecken bzw. Umstellung auf Betrieb mit Akku-, Wasserstoff- oder Brennstofffahrzeuge. Anpassung des Trassenpreises auf Schienen an die entsprechenden Gebühren auf der Straße und in der Luft, hier nach unten oder dort nach oben, 365,- €-Jahres-Tickets in den Nahverkehrs-Tarifgebieten, mittelfristig– nach dem entsprechenden Ausbau der Kapazitäten – Umstellung auf einen kostenlosen Nahverkehr, Aufbau eines Nachtzug-Netzes in ganz Europa, schneller Ausbau der Schienenkapazitäten.
- Ende des Dienstwagenprivilegs, Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h in geschlossenen Ortschaften, LKW-Maut künftig auf allen Straßen, Elektrifizierung von Autobahnabschnitten, Einfahrverbot für Diesel-LKW in die Städte, hier wird mit Wasserstoff oder Batterie gefahren.
- Ab 2025 keine Neuzulassung mehr für Kraftfahrzeuge, die mit fossilen Treibstoffen fahren.
- Verteuerung der Inlandflüge sowie Flüge unter 800 km ins benachbarte Ausland – inklusive Zubringerflüge – auf mindestens den regulären Bahnfahrkartenpreis ohne Ermäßigung, Ersatz bis spätestens 2025 durch den Ausbau entsprechender schneller Zugverbindungen. Beendung jeglicher Subventionen, auch der indirekten, von Flughäfen oder Fluggesellschaften. Umstellung des verbliebenen Flugverkehrs bis 2035 auf EE-Kerosin, Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen.
- Verbot von Schwerölantrieben in der Schifffahrt, die deutsche Häfen nutzt, und Umrüstung auf andere Antriebsarten sowie Katalysatoren und/oder Filter mit einer machbaren Übergangsfrist. Der restliche Schiffsverkehr muss bis 2035 auf EE-Treibstoffe Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen sowie bei Fähren auf Batteriebetrieb umgestellt werden. Ausrüstung der Anliegeplätze mit Stromanschlüssen.

LANDWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND UMBAUEN

Landwirtschaftliche und vor allem ungenutzte Böden können als Kohlenstoffsenken zur Bewältigung der Klimakrise beitragen. Die Übernutzung der Böden durch die Agrarindustrie macht unsere Landwirtschaft zum CO2-äq.-Emittenten.[5], [6] Wir brauchen daher einen schnellen Umbau unserer Landwirtschaft, weg von der Übernutzung und wertevernichtenden Ausbeutung zu einem ausgeglichenen Kreislauf. Das Düngerecht ist sofort EU-rechtskonform und ambitioniert zu reformieren und vor allem streng zu kontrollieren und Verstöße spürbar zu ahnden. Wir werden keine Landwirtschaft auf organischen Böden mehr zulassen [7], Moore werden wir wieder vernässen und ein Humusmonitoring einführen, ehemalige Moore aus Ackerflächen renaturieren.

Weitere STICHWORTE: Bindung der künftig gezahlten Agrarsubventionen an die Einhaltung von strengen Umwelt- und Klimaschutzleistungen, deutliche Verringerung des Fleischkonsum (vor allem Rind- und Schaffleisch), aber auch des Konsums von Milchprodukten, deutliche Reduktion der Tierbestände durch eine Einschränkung der Massentierhaltung, besonders in den viehintensiven Regionen, keine Zulassung neuer gewerblicher Tiermastanlagen (Überdüngung durch die Abfälle![7]), Subventionierung von vegetarischen und veganen Gerichten in öffentlichen Einrichtungen, Förderung lokaler Genossenschaften und regionaler Erzeugermärkte.

DEN WALD RETTEN UND ZUM KLIMASCHUTZ VERWENDEN

Ähnliches gilt auch – wie der richtige Namen schon zeigt – für die „Forstwirtschaft“. Naturnahe Wälder und Moore sind Kohlenstoffsenken zur Bewältigung der Klimakrise. Aber Abholzung für Landnutzungsänderungen und die Belastung durch den Klimawandel machen auch die Forstwirtschaft zum CO2-Emittenten. Die deutsche Regierung wird umgehend eine Koalition der Industrienationen schmieden, welche die noch vorhandenen Regenwälder mit Zustimmung der beteiligten Regierung unter dauerhaften Schutz stellt, dort ein Wiederaufforstungsprogramm finanziert, in die Sicherstellung der Artenvielfalt investiert, den Schutz der indigenen Völker sichert und so in diesen Regionen Tausende neuer Arbeitsplätze schafft.

Weitere STICHWORTE: Auflegung eines naturgerechtes Aufforstungsprogramm, Umbau naturferner Fichten- und Kiefernplantagen zu natürlichen, heimischen Mischwäldern, Einfrieren und schnellstmöglich Beendung aller Handels-Abkommen mit Drittländern, in denen weiter illegal Regenwald abgeholzt wird.

TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG

Bei der fortschreitenden Digitalisierung, in der Industrie, in den Haushalten aber auch bei selbstfahrenden Autos ist der benötigte Energiebedarf zu berücksichtigen und möglichst zu minimieren. Energieeinsparung geht dabei VOR Komfort. Alle neuen Technologien (z.B. Gentechnik, Informationstechnik, Mobilfunk, Robotik, etc.) sind vor Einführung auf ihre Auswirkung auf die Einhaltung des 1,5 °C-Ziels, die Gesundheit der Bevölkerung und die Natur zu untersuchen (Vorsorgeprinzip).

WIRTSCHAFT

Wir Deutschen müssen unseren CO2-Fußabdruck um mehr als 80 % von ca. 10 t/Jahr (BMU 2018) und Person auf 2 t/Jahr und Person, den für die Erde verträglichen Fußabdruck aller Menschen, verringern. Wir verbrauchen auch mehr als dreimal so viele Rohstoffe, wie uns der Planet im Jahr zur Verfügung stellt. Wo bleibt da noch Spielraum für Wachstum, abgesehen vielleicht von kleinen Nischen?

Diese Dimension im Versagen unseres Wirtschaftssystems muss zu einer anderen Wirtschaftsweise führen. Wir müssen unseren Verbrauch in allen Bereichen verringern und unser Wohlbefinden nicht mehr vom materiellen Wachstum abhängig machen. Wir wollen deshalb

die auf Gewinnmaximierung und Wachstum fixierte Wirtschaftsweise in Richtung Gemeinwohlökonomie umbauen.

INDUSTRIE

Professor Manfred Fischedick, Vizepräsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie: „Durch optimierte Prozesse und mehr Energieeffizienz kann die Industrie nur noch maximal ein Viertel der Treibhausgase sparen. Um richtig voranzukommen, braucht sie also völlig neuartige Ansätze.“ Betroffen sind in Deutschland vor allem: Eisen- und Stahl, Raffinerien, Zement, Chemie, Aluminium, Glas und Keramik, Kalk und Papier. Ambitionierte Betriebe verringern ihren CO2-äq.-Ausstoß demnach jährlich um 1,7 Prozent – nötig seien aber 2,6 Prozent Minus. Die Industrie insgesamt hat 2018 rund 196 Millionen Tonnen CO2-äq. ausgestoßen, weniger als im Jahr 2000, aber etwas mehr als 2010. [8] Der Umbau der Industrie muss so unterstützt werden, dass in der Summe möglichst keine Arbeitsplätze vernichtet werden.

Weitere STICHWORTE: Investitionsprogramm „Dekarbonisierung“ (Grüner Wasserstoff), Verwendung von CO2 nach Abtrennung als Rohstoff, schnellstmögliche drastische Verschärfung der Grenzwerte für Luftschadstoffe von Industrieanlagen, die CO2 ausstoßen (z.B. Quecksilber aus Kohlekraftwerken).

HANDEL UND FINANZEN

Die Klima-Auswirkungen des Handels, vor allem des Internethandels müssen stark verringert werden. Die Verlagerung „unserer“ CO2-Emissionen ins Ausland durch die (oft durch die Billiglohnstruktur bedingte) Auslagerung der Produktion in Billigländer muss wieder Deutschland zugerechnet werden. Dies gilt auch für die durch die Digitalisierung verbrauchten Gigawattstunden Serverleistungen.

Weitere STICHWORTE:

- Verbilligung von Sammelauslieferung und nicht „umgehend zu liefernde“ Sendungen zulasten Einzelsendungen und Schnelllieferungen
- Schnellstmöglicher Ausstieg aller Geldanlagen öffentlicher Kassen aus Investment bei Staaten und Unternehmen mit unethischem/klimaschädlichem Verhalten (z.B. Kinderarbeit, Waffen, Nichtbeachtung der ILO-Normen, Kohle-, Öl-, Gasindustrie, Kernenergie, etc.)
- Kündigung aller Freihandelsverträge, die ungleiche Bedingungen für die Vertragsstaaten beinhalten und einer demokratischen Kontrolle entzogen sind.

RÜSTUNG UND MILITÄR

„Das US-Militär verursacht mehr Treibhausgase als die meisten mittelgroße Länder“ [9]. . Rüstung und Militär sind unproduktive und damit für den Klimanotstand schädliche Energiefresser. Daher ist keine – wie gefordert – Erhöhung des Militärhaushaltes geboten, sondern eine deutliche Senkung! Die notwendigen Friedensarbeiten werden wir durch gewaltfreie Alternativen voranbringen, die gesparten Haushaltmittel in den Entwicklungshilfe-Haushalt umschichten, zur Investition in klimaschützende Maßnahmen.

FINANZIERUNG: GRÜNE NULL STATT SCHWARZER NULL

Das dringend erforderliche, aber unabdingbare Klimaschutzprogramm inkl. Umbau der Wirtschaft
und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist nicht aus der Portokasse finanzierbar. Der US-Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders rechnet bezogen auf die USA mit 16,3 Billionen US-$ für 10 Jahre (das entspricht pro Jahr 1.500 Milliarden €).[10] Für Deutschland wäre dies eine Größenordnung von ca. 380 Milliarden € pro Jahr. Die von der Bundesregierung jetzt eingeplanten 54 Milliarden bis 2030 sind dagegen ein „Tropfen auf den heißen (!) Stein“. Die im Moment (und auch mittelfristig noch zu erwartenden) Null- bzw. Minuszinsen ermöglichen eine nahezu neutrale Finanzierung. An jedem Euro, den die Regierung ausleiht, verdient (!) sie aktuell inflationsbereinigt ca. 2%. (Stand Sommer 2019).

SOFORTPROGRAMM ZUR BESCHLEUNIGUNG DES KLIMASCHUTZES

In einen möglicherweise anstehenden Koalitionsvertrag wird verbindlich festgelegt, dass bereits im ersten Jahr massiv mit der Umsetzung des Handlungsplanes für das Klimaschutzprogramm begonnen und bei regelmäßiger Überprüfung der Fortschritte gegebenenfalls jährlich nachgebessert wird. Es wird ein Sofortprogramm festgeschrieben, das den Ausbau der Sonnen- und Windenergienutzung, von Strom- und Wärmespeichern, die Anpassung
des Netzausbaus, den Umbau des Verkehrs, die Sanierung des Gebäudebestandes inkl. Heizung sowie ein den Klimazielen angepasstes Ernährungsprogramm anschiebt.

**Nur ein radikaler Umbau unserer Gesellschaft wird ein Erreichen der vertraglichen Ziele von
Paris ermöglichen. Robert Habeck`s „Radikal ist das neue realistisch“ trifft genau den
Punkt.**

[1] https://www.greenpeace.de/presse/presseerklaerungen/200-millionen-klimafluchtlinge-bis-2040

[2] https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz

[3] https://www.hamburg.de/energieeffizientes-bauen/6943798/baukostenanalyse/

[4] https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-umweltschutz-auswirkungen

[5] Genauer: auch zum N2O- und Methan-Emittenten, N2O hat ca. die 300-fache Klimawirkung, Methan ca. die 25-fache. https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase

[6] https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Landwirtschaft_als_Klimafaktor

[7] Böden mit einem hohen Anteil organischer Kohlenstoffverbindungen speichern 30 bis 50 Prozent des gesamten Bodenkohlenstoffs der Erde

[8] https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-reduzieren-3690

[9] B90/Die Grünen: Die Umwelt am Limit, Oktober 2019, S. 17

[10] https://www.reuters.com/article/us-usa-election-sanders-climate/bernie-sanders-proposes-16-3-trillion-green-new-deal-plan-idUSKCN1VC15L]

Begründung

Die Gro-Ko-Regierung hat mit ihrem angeblichen Plan zur Klimarettung vom 20.9.2019 ihr Versagen eindrucksvoll demonstriert. Zur Ablösung dieser Politik muss ein sofort umsetzbarer Plan vorliegen, der umgehend nach der Einigung auf eine neue Regierungskoalition umgesetzt werden kann. Gehen die Grünen in eine neue Regierung, so sind diese Forderung die Basis der Verhandlung. Letztlich werden SIE gebraucht, um die vertraglich von den Vorgängerregierungen verbindlich zugesagten Vertragsverpflichtungen einzuhalten. Wir Grünen können in Koalitionsverhandlungen daher nur unsere Zustimmung geben, wenn das Gesamtpaket unsere vertraglichen Ziele (Paris!) erreichbar macht.

Ziel ist es, die grüne Politiklinie für die nächsten Jahre (hoffentlich in der Regierung!) festzuschreiben. Dabei muss eine radikale Umsteuerung erfolgen, sollen die (auch von Deutschland völkerrechtlich verpflichtend!) gesetzten Klimaziele erreicht werden. Das wird ehrlicherweise nicht ohne Verzicht von uns allen gelingen. Das müssen wir den Wähler*innen offen sagen und der Großteil unserer Wähler*innen erwartet dies auch von uns. Es ist besser wir „verprellen“ jetzt 5 % unserer potentiellen Wähler*innen, als dass wir in der Regierung genauso scheitern wie die bisherigen Regierungsparteien und nach wenigen Jahren genauso abstürzen wie diese. Allerdings soll der Beschluss Grüne Mandatsträger nicht in der Art festlegen, dass sie nur dann (auch in Bundesländern übrigens) in eine Regierungsbeteiligung gehen, wenn das skizzierte Programm Regierungslinie wird. Auch wenn wir mit der Physik der Klimakrise nun mal keine Kompromisse schließen können, werden wir nicht umhinkönnen, Kompromisse in der Politik aufgrund der Mehrheitslage schließen zu müssen. Die Abwägung, wo genau der vertretbare Kompromiss liegt zwischen anzustrebenden Zielen und erreichbaren Möglichkeiten müssen die jeweiligen Parteiorgane letztendlich entscheiden.

Die Beschlussvorlage ist bewusst kurzgehalten, es soll keine Doktorarbeit zum Klimaschutz oder einzelnen Lösungspfaden werden oder Altbekanntes und Selbstverständliches wiederholen, sondern ein verständliches Festschreiben der wichtigsten Leitlinien und des Weges in Richtung des 1,5°-Ziels darstellen. Details werden ohnehin im Koalitionsvertrag und den Regierungsvereinbarungen festgeschrieben, WIR müssen den Rahmen dafür festlegen.

Wir – wie auch unsere Wähler*innen – haben verstanden, dass ohne massive Einschnitte in unserem Alltag die notwendigen Ziele nicht erreichbar sind. Strafzahlungen an die EU wegen der Nicht-Einhaltung unserer Vertragsverpflichtungen sind besser in Klimaschutzmaßnahmen investiert! Und mit der „Klimadividende“ zahlen wir alle(!) Mehreinnahmen pro Kopf an alle Bürger*innen zurück: Wer also klimabewusst lebt, hat mehr im Portemonnaie, die Nicht-Einsichtigen und unbelehrbaren Klimabelaster*innen zahlen drauf.

Bei Kriegseintritt in den 2. Weltkrieg haben die USA innerhalb von neun Monaten die gesamte Industrieproduktion auf Rüstungsproduktion umgestellt, im „New Deal“. Warum sollte uns dies nicht für die viel größere Herausforderung des Klimanotstandes gelingen?

Weitere Quellen:

https://fridaysforfuture.de/forderungen/

Klimakrise: Was jetzt getan werden muss, Handlungsprogramm der Umweltverbände für effektiven Klimaschutz

https://www.reuters.com/article/us-usa-election-sanders-climate/bernie-sanders-proposes-16-3-trillion-green-new-deal-plan-idUSKCN1VC15L

http://www.bund-rvso.de/eingriffsregelung-ausgleichsmassnahmen-oekokonto.html

https://wissenwiki.de/Passivhaus

https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-wir-duerfen-keine-neuen-strassen-bauen.694.de.html?dram:article_id=424933

https://www.boell.de/de/2018/10/16/missing-pathways-15degc-die-bedeutung-des-landsektors-fuer-ambitionierte-klimapolitik

https://www.zeit.de/2019/33/gruene-grundsatzprogramm-klimaschutz-tierschutz-robert-habeck

https://taz.de/Nachhaltigkeit-und-Klimapolitik/!5609132/

https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_(Schweiz)

https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-4

weitere Antragsteller*innen

Dietmar Rieth (Südwestpfalz KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Hartwig Berger (Berlin-Charlottenberg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Dirk Paul Finkeldey (Aurich-Norden KV); Jürgen Janssen (Wesermarsch KV); Elisabeth Özge (Wilhelmshaven KV); Christian Stawinsky (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); Sira Berkhan (Karlsruhe-Land KV); Kajo Aicher (Bodenseekreis KV); Kathrin Weisser (Karlsruhe-Land KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Benedict Wieters (Köln KV); sowie 14 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.